

SWAP-Verluste: BAWAG P.S.K. erwartet von Linz weiteren Schaden abzuwenden**Ende der Mediation bedeutet Ende für die Linzer Verzögerungstaktik**

(Wien- 14.2.2013) Während die Stadt Linz weiter an ihrer Verzögerungstaktik festhält, konzentriert sich die BAWAG P.S.K. darauf, dass nun im Zivilverfahren die Fakten auf den Tisch gelegt werden. Die BAWAG P.S.K. wird im Zivilverfahren lückenlos darlegen, dass die jahrelange Untätigkeit der verantwortlichen Linzer Politiker – trotz Warnungen der Bank – zu der heute schwierigen Situation mit einem Verlust von inzwischen mehr als 450 Millionen Euro geführt hat. Allein die Zinsen dafür kosten die Stadt Linz 100.000 Euro pro Tag.

Nach dem offiziellen Ende der Mediation konzentriert sich die BAWAG P.S.K. nach monatelanger Verzögerungstaktik der Stadt Linz darauf, dass nun eine neue Dynamik in das Verfahren kommt. Sie begrüßt die Tatsache, den Sachverhalt vor einem objektiven Zivilgericht darlegen zu können. Eine rasche Klärung muss auch im Interesse der Stadt Linz sein: Allein die Zinsen für den entstandenen Verlust kosten 100.000 Euro pro Tag.

Linzer Untätigkeit führt zur schwierigen Situation

Das Geschäft war für die Stadt Linz gut, marktüblich und zweckmäßig. Erst mit der Finanzkrise 2008 änderte sich die Situation. Die BAWAG P.S.K. hat bereits zu diesem Zeitpunkt Finanzstadtrat Johann Mayr informiert und auch der Stadt Linz Angebote unterbreitet, damit diese aus dem Geschäft aussteigen kann. Bereits 2010 war Bürgermeister Franz Dobusch persönlich Verhandlungsführer seitens der Stadt Linz. Bis zur Klagsankündigung der Stadt Linz in 2011 hat die BAWAG P.S.K. laufend entsprechende Ausstiegs- und Restrukturierungsangebote gelegt. Erst die jahrelange Untätigkeit und zögernde Haltung der verantwortlichen Linzer Politiker hat zur heutigen nachteiligen Situation für Linz geführt. Dies wird die BAWAG P.S.K. im Zivilverfahren lückenlos darlegen.

Transparenz ist im öffentlichen Interesse

Laut Presseaussendung von Stadtrat Johann Mayr wird Stadt Linz die BAWAG P.S.K. nicht vom Bankgeheimnis befreien. Die BAWAG P.S.K. ist im öffentlichen Interesse um Transparenz bemüht und wird alles daran setzen, dies unter Wahrung des Bankgeheimnisses lückenlos aufzuklären.

Weiters erwartet die BAWAG P.S.K. die Erledigung der zahlreichen offenen Beweisanträge im Strafverfahren:

- So sind im Strafverfahren die E-Mail-Archive der Beschuldigten und des Bürgermeisters bislang nicht geöffnet worden.

- Die Restrukturierungsangebote anderer Banken, die der Stadt Linz bereits frühzeitig unterbreitet wurden, sind ebenfalls noch nicht erhoben worden.
- Einem klaren Betrugsverdacht auf Basis eines internen Aktenvermerks der Stadt Linz aus dem Jahr 2006 wurde bislang ebenfalls noch nicht nachgegangen.

Scheitern der Mediation weder für Linz noch für Mediatoren überraschend

Das offizielle Ende der Mediation kann im Übrigen weder für die Stadt Linz noch für die beiden Mediatoren überraschend gewesen sein und hat sich bereits Ende letzten Jahres auch medial erkennbar abgezeichnet.

BAWAG P.S.K. fordert Ende der Verzögerungstaktik

Die BAWAG P.S.K. appelliert nochmals an die Verantwortlichen der Stadt Linz, im Zivilverfahren auf weitere Verzögerungstaktik zu verzichten und so weiteren Schaden für die Stadt Linz zu verhindern. Die BAWAG P.S.K. ist natürlich weiterhin an einer außergerichtlichen Einigung mit der Stadt Linz interessiert, und – wenn erforderlich – aber auch bereit, einen langwierigen Rechtsstreit über alle Instanzen auszufechten.

Rückfragen an:
BAWAG P.S.K. Konzernpressestelle
Tel. 0043 (0) 5 99 05 – 31210,
E-Mail: presse@bawagpsk.com